

Haushaltsrede 2024 der AfD-Gruppierung

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Bürger,

die Haushaltsberatungen in diesem Jahr fanden unter schwierigen Rahmenbedingungen statt. Für Kopfzerbrechen sorgt die Lage in praktisch allen Kommunen, Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände warne gar vor einem faktischen Ende der kommunalen Selbstverwaltung.

Ganz unabhängig davon, ob man den Haushaltsentwürfen zustimmt oder nicht, in der Erstellung des HH steckt enorm viel Arbeit, und der Kämmerer und sein gesamtes Team haben sich geradezu aufgegeben, um dem Stadtrat ein Ergebnis vorzulegen. Dafür bedanken wir uns ausdrücklich und ziehen den Hut vor dem wirklich außergewöhnlichen Einsatz

Dennoch ist zu befürchten, dass die Erstellung des Haushalts für das Jahr 2026 und die folgenden Jahre nochmals deutlich herausfordernder wird. Und wir befürchten, dass der Ernst der Lage noch nicht überall erfasst und verinnerlicht wurde.

Das es in den kommenden Jahren noch schwerer werden wird liegt v.a. an den zu erwartenden Folgen der politisch offenbar gewollten Deindustrialisierung unseres Landes. Die Wirtschafts- und Standortpolitik der Ampelregierung und insbesondere des skandalumwitterten Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck ist verheerend und geradezu irrsinnig. Dennoch würde ich nie auf die Idee kommen, Herrn Habeck mit Substantiven zu bezeichnen, die als Beleidigung aufgefasst werden könnten. Schon weil ich morgens um 6:00 Uhr ungern unerwarteten Besuch empfangen.

Kaum ein Tag vergeht ohne neue Schreckensmeldungen über Betriebsverlagerungen ins Ausland, Betriebsaufgaben und Insolvenzen. Auch in Bamberg ist dies jetzt schon spürbar. Der finanzielle Spielraum für uns als Stadt wird also aller Voraussicht nach noch geringer werden. Auch Fördergelder werden künftig eingeschränkt werden müssen.

Positiv im laufenden Jahr ist zu werten, dass die Schulsanierungen voranschreiten, auch wenn immer Luft nach oben ist.

Auch die Schaffung von neuem Wohnraum nehmen wir erfreut zur Kenntnis, ebenso die Fortschritte beim Sancura- Park, der eine echte Lücke in der sozialen Infrastruktur Bambergs kleiner machen wird und Maßstäbe setzen kann.

Und auch die Inangriffnahme und Fortführung der Straßensanierungen begrüßen wir ausdrücklich.

Ein echter Rückschlag für Bamberg und das Umland war die Schließung des Schlachthofes im laufenden Jahr. Der Verlust dieser traditionsreichen Betriebsstätte wiegt schwer und ist ein Rückschlag für die regionale Erzeugung von Lebensmittel und trifft viele Nutztierhalter aus der Region hart.

Hier hätten wir nach den vollmundigen Ankündigungen des Bay. Wirtschaftsministers Aiwanger echte und greifbare Unterstützung vom Freistaat erwartet.

Aber mit den Ankündigungen aus München ist es leider so eine Sache- dies erleben wir leider auch beim Ankerzentrum.

Wir haben noch keine Gewissheit, erleben aber einen sich immer klarer abzeichnenden Vertragsbruch der Staatsregierung. Es gibt bislang keine definitiven Aussagen aus München, dies sorgt für Unsicherheit und bindet erhebliche Ressourcen der Stadtverwaltung, die ein Konzept für dezentrale Unterbringung erstellen muss.

Letztlich ist es aber nicht entscheidend, ob das Ankerzentrum entgegen dem Vertrag über das Jahr 2025 weiterbetrieben wird oder für eine dezentrale Unterbringung gesorgt werden muss. Erforderlich ist eine echte Kehrtwende in der Migrationspolitik. Diese Entscheidungen treffen wir natürlich nicht auf kommunaler Ebene, aber auch wir als Stadtrat können für eine Kehrtwende und einen Mentalitätswechsel in unserem Verantwortungsbereich sorgen.

Dazu gehört es, wie von unserer Gruppierung gefordert und beantragt, den Austritt aus dem Bündnis Sicherer Hafen zu erklären, die Zusammenarbeit mit der Organisation Seebrücke zu beenden und den fatalen Stadtratsbeschluss aus dem Oktober 2022 zu korrigieren, mit dem die Bereitschaft erklärt wurde, dass die Stadt Bamberg über die gesetzlichen Quoten hinaus Flüchtlinge aufzunehmen. Dieser Beschluss ist nach wie vor in Kraft- und kaum ein Bürger Bambergs versteht dieses komplett falsche Signal in Zeiten von knappem Wohnraum und überlasteter sozialer Infrastruktur.

Dass das Geld knapper wird, zeigt sich auch an der recht abrupten Einstellung des Bundesförderprogrammes Demokratie leben in der Stadt Bamberg.

In diesem Fall ist das Versiegen der Fördergelder nicht von Nachteil, im Gegenteil. Denn bei dem Projekt Demokratie leben handelt es sich um eine Täuschung, um eine Mogelpackung. Es ging und geht nicht um Demokratieförderung, wie der Name suggerieren soll- es geht um die Subventionierung von Gruppierungen, die den Parteien der Fußgänger-Ampel nahestehen.

Noch dazu ist Demokratie leben in der Stadt Bamberg maximal intransparent. Insgesamt ist es also kein Verlust für unsere Stadtgesellschaft.

Das Programm ist auch in der Sache überflüssig, denn „Demokratie leben“ können und müssen wir in jeder Stadtratssitzung und Senatssitzung, in jeder Bürgerversammlung und Diskussionsrunde.

Zeiten knapper Kassen bieten also immer auch Gelegenheit, Dinge auf den Prüfstand zu stellen.

Über eine Verschlankung der städtischen Strukturen werden wir zwingend nachdenken und diskutieren müssen. Einrichtungen und Beiräte, die sich als überflüssig oder nicht zwingend erforderlich erweisen, müssen abgeschafft werden. Als Beispiel möchte ich den Stadtgestaltungsbeirat nennen. Aber auch weitere Beiräte gehören auf den Prüfstand.

Ausdrücklich gilt dies aber auch für die künftige Personalplanung der Stadt.

Wir werden dem Haushalt in Teilen zustimmen, diesen in Teilen ablehnen.

Für 2025 stehen große Herausforderungen an, und diese erfordern ehrliche Debatten ohne Denk- und Redeverbote. Nur das ist gelebte Demokratie, nur so verteidigen wir den Wert der Demokratie und der Meinungsfreiheit, die konstitutiv für die Demokratie ist.

Abschließend wünschen wir den Bürgermeistern, allen Kollegen aus dem Stadtrat, den Mitarbeitern und den Bürgern der Stadt Bamberg ein frohes Weihnachtsfest und einen friedlichen Jahresausklang.

Es gilt das gesprochene Wort.